

Universitäts- und Landesbibliothek Bonn

Das Centrum und die indirecten Steuern

**Volksverein für das Katholische Deutschland / Centralstelle
<Mönchen-Gladbach>**

M.-Gladbach, 1898

[urn:nbn:de:hbz:5:1-284314](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:5:1-284314)

Das Centrum und die indirecten Steuern.

In der socialdemokratischen Presse wird in jüngster Zeit eine Fluth von Angriffen gegen das Centrum erhoben; dasselbe soll die Schuld daran tragen, daß im Deutschen Reich auf jede Arbeiterfamilie von 5 Köpfen jährlich nicht weniger als 60 Mark an indirecten Steuern und Zöllen auf nothwendige Lebensmittel entfallen. Ungefähr das Gleiche war schon in unzähligen Flugblättern anlässlich der Reichstagswahl im Jahre 1893 behauptet worden und wurde auch noch in einer besonderen Broschüre (Die Thätigkeit des deutschen Reichstags von 1890—1893), welche im Auftrag der socialdemokratischen Partei erschien, in einer die Wahrheit entstellender Weise dargelegt.

Um klar zu stellen, was von diesen Vorwürfen zu halten ist, muß man die einzelnen Arten der indirecten Steuern und Zölle etwas ausführlicher behandeln, es wird sich dann zeigen, wie wenig begründet diese dem Centrum gemachten Vorwürfe thatsächlich sind.

Von den indirecten Steuern (Verbrauchsabgaben) kommen in Betracht:

Die Salzsteuer, die Zuckersteuer, die Brausteuer, die Tabaksteuer, die Branntweinsteuer.

Von den Zöllen diejenigen auf Brotgetreide, Vieh und thierische Producte, Kaffee, Petroleum.

* * *

Die Salzsteuer

bestand früher als Steuer nicht, weil die Gewinnung und der Verkauf des Salzes Staatsmonopol war. Der Staat setzte den Preis des Salzes fest und ließ dieses in seinen Niederlagen verkaufen, der Monopolpreis war jedoch im Allgemeinen höher, als der heutige Preis einschließlich Steuer. Im Jahre 1867 wurde die Gesetzgebung geändert, die Gewinnung und der Verkauf von Salz wurden freigegeben und dafür eine Steuer von 6 Pfennig pro Pfund (12 Mark pro 100 Kilo) eingeführt. Diese Steuer ist also schon vor 30 Jahren, zu einer Zeit, als es überhaupt noch keine Centrumpartei gab, und zwar zur Ablösung einer mindestens gleich hohen Monopolbelastung eingeführt worden; es ist geradezu lächerlich, das Centrum dafür verantwortlich machen zu wollen.

Daß der Ertrag der Salzsteuer sich von 35 Millionen Mark im Jahre 1878 auf 48 Millionen Mark im Jahre 1896 gehoben hat, ist zutreffend; die Vermehrung liegt jedoch nicht an einer Erhöhung der Steuer, sondern an der Zunahme der Bevölkerung und des Verbrauchs. Die Bevölkerung ist in dieser Zeit von 44,650,000 auf 52,500,000, also um $17\frac{1}{2}$ pCt., gestiegen, der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung außerdem um etwa 15 pCt.

Die Zuckersteuer

bestand schon seit dem Jahre 1841, sie war ursprünglich eine Materialsteuer auf den zu verarbeitenden Rohstoff (Zuckerrüben) und wurde im Jahre 1869 auf 80 Pfennig für den Centner Rüben festgesetzt, was bei der damaligen Ausbeute einer Steuer von 10 Pfennig auf das Pfund Zucker entsprach. Gleichzeitig wurde bei der Ausfuhr von Zucker aus dem deutschen Zollgebiet eine Steuerrückvergütung von $9\frac{4}{10}$ Pfennig auf das Pfund gewährt. Da die Zuckerausbeute aus den Rüben in Folge der technischen Fortschritte immer mehr zunahm und gleichzeitig die Ausfuhr fertigen Zuckers von Jahr zu Jahr stieg, gestalteten sich die Verhältnisse schließlich derartig, daß die Ausfuhrvergütung den größten Theil des Steuerertrags aus dem inländischen Verbrauch mit anzehrte. Auf diese Weise war der Reinertrag für die Reichscaffe allmählich von 70,680,878 Mark im Jahre 1881/82 auf 15,048,788 Mark im Jahre 1886/87 zurückgegangen, ohne daß eine Ermäßigung der inländischen Steuer eingetreten wäre, die Ertragsverminderung kam also lediglich dem Auslande zu gut, nicht dem Verbrauch des Inlandes.

Dieser Mißstand erforderte dringlich eine Abhilfe, und es war ein besonderes Verdienst der Centrumpartei, daß sie die Abänderung des Zuckersteuergesetzes im Jahre 1887 zu Stande bringen half, welche dahin führte, daß ohne Erhöhung der Inlandssteuer dem Reiche doch der volle frühere Ertrag wieder gesichert wurde. Das Resultat dieses Gesetzes entsprach durchaus den gehegten Erwartungen, denn bei einem Steuersatz von 9—10 Pfennig pro Pfund Zucker für den inländischen Verbrauch (nicht mehr als der Steuersatz durchschnittlich seit dem Jahre 1869 betragen hatte), blieben nach Einführung des Gesetzes trotz Fortbestehens einer mäßigen Ausfuhrvergütung der Reichscaffe in den Jahren 1889—1896 Reinerträge von 52, 58, 64, 65, 74, 80, 81 und 83 Millionen Mark. Daß in Folge des Gesetzes vom Jahre 1887 gleichwohl der Zucker, einschließlich Steuer, nicht theurer, sondern billiger geworden, ist eine bekannte Thatfache. Von 36 Pfennig pro Pfund ist er seitdem auf 24 Pfennig im Großverkehr, und von 40—42 Pfennig auf 28—30 Pfennig im Kleinverkehr zurückgegangen. — Hier hat also das Centrum durch seine Mitarbeiten am Gesetz von 1887 und den nachfolgenden unerheblichen Abänderungen dem Reiche viele Millionen erspart, ohne den inländischen Steuerzahler dadurch zu belasten. Nur gänzliche Unkenntniß der wirklichen Sachlage kann behaupten, daß durch die Zuckersteuergesetzgebung seit dem Jahre 1871, also seit Bestehen der Centrumpartei, eine Benachtheiligung des inländischen Verbrauchs herbeigeführt worden sei. Der stetig billiger gewordene Preis und die dadurch und durch die Zunahme der Bevölkerung herbeigeführte Steigerung des Verbrauchs haben allerdings die Zuckersteuer seitdem zu einer der besten Einnahmequellen des Reichs gemacht.

Durchaus falsch ist auch die gleichmäßige Rechnung nach der Kopfszahl, danach soll auf jede Arbeiterfamilie von 5 Köpfen ein Jahresverbrauch von 110 Pfund Zucker kommen, auf jede Familie von 8 Personen 176 Pfund jährlich. Jedermann weiß aber, daß der Zucker auch zum großen Theil zu Luxusziwecken und Naschereien dient, daß die reichere Bevölkerung der Großstädte geradezu Unglaubliches in der Vertilgung von Zuckerwaaren und mit Zucker zubereiteten Speisen leistet, daß außerdem zur Wein-, Chocoladen-, Conserven- u. c. Bereitung große Mengen Zucker gebraucht werden, alles dies wird jedoch in der socialdemokratischen Rechnung der Arbeiterfamilie in gleicher Höhe mitzugerechnet.

Die Brauststeuer

bestand in Preußen schon seit dem Jahre 1819, die Abänderung vom Jahre 1872 bezweckte die Uebernahme auf die norddeutsche Brausteuergemeinschaft und die hieraus nöthigen Ergänzungen; eine Erhöhung der Steuer fand nicht statt.

Die Steuer beträgt in der Brausteuergemeinschaft (Deutsches Reich mit Ausnahme von Bayern, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen) 2 Mark für den Centner

Gerste oder Malzschrot, was ungefähr $\frac{4}{5}$ Pfennig auf ein Liter Bier ausmacht, an ein Glas Bier ($= \frac{4}{10}$ Liter) etwa ein Drittelpfennig.

An Versuchen, die Brausteuern zu erhöhen, hat es freilich nicht gefehlt, die ablehnende Haltung, die gerade die Centrumpartei diesen Projecten gegenüber eingenommen hat, war dafür entscheidend, daß aus demselben nichts geworden ist, wie denn auch die Mitglieder der Centrumpartei in den städtischen Vertretungen sich im Allgemeinen gegen die Versuche ausgesprochen haben, daß das Bier durch die Gemeinden mit einer nochmaligen Steuer (Gemeinde-Biersteuer) belastet werde. Wenn gleichwohl die Einnahme aus der Biersteuer sich von Jahr zu Jahr hebt und jetzt 27,000,000 Mark jährlich innerhalb der Brausteuergemeinschaft des Deutschen Reichs beträgt, gegen nur 15,000,000 Mark im Jahre 1873, so ist dies lediglich eine Folge der Zunahme der Bevölkerung und des Bierverbrauchs, die Steuer selbst ist seit Bestehen des Deutschen Reiches nicht erhöht worden, am allerwenigsten mit Hilfe der Centrumpartei. Uebrigens ist diese Steuer in den nicht zur Brausteuergemeinschaft gehörigen deutschen Staaten, wo eine liberal-conservative Mehrheit bei der Gesetzgebung den Ausschlag gab, eine weit höhere, sie betrug im Jahre 1890:

pro Hektoliter (100 Liter) Bier in Elsaß-Lothringen	2,24 Mark
in Württemberg	2,43 "
in Bayern	2,53 "
in Baden	3,20 "

im übrigen Deutschen Reich, also auch in Preußen, nur 81 Pfennig.

Die Tabaksteuer

kommt auf zweifache Art in Betracht:

1. Als Steuer auf den im Inland gebauten Tabak,
2. Als Zoll auf ausländischen Tabak und Cigarren.

Die Steuer auf inländischen Tabak betrug früher nur 2 Pfennig pro Pfund, seit dem Jahre 1879 ist solche auf $22\frac{1}{2}$ Pfennig pro Pfund erhöht, dem entsprechend stieg auch die Einnahme hieraus

von 1,595,400 Mark im Jahre 1875/76
auf 10,906,188 " " " 1895/96,

ebenso wurde der Zoll auf ausländischen Tabak, der früher 12 Pfennig pro Pfund betrug, im Jahre 1879 auf $42\frac{1}{2}$ Pfennig pro Pfund erhöht: die Einnahme hieraus steigerte sich

von 12,424,500 im Jahre 1875/76
auf 49,517,255 " " 1895/96.

Steuer und Zoll betragen also jetzt zusammen etwa 1,20 Mark jährlich auf den Kopf der Bevölkerung, oder, da nur die Raucher gerechnet werden können, etwa 6 Mark pro Kopf auf jeden Raucher, wobei natürlich diejenigen, welche den theueren Zoll für ausländischen Tabak zu bezahlen haben, mit Recht schlechter wegkommen. In Oesterreich, Italien, Rußland, Frankreich und England ist die Tabaksteuer 3 bis 6 mal so hoch als in Deutschland.

Die Tabaksteuer sollte im Jahre 1893/94 in eine Fabrikatsteuer umgewandelt und dadurch die Steuerlast von jährlich etwa 60,000,000 Millionen Mark annähernd auf das Doppelte, also auf 120,000,000 Mark erhöht werden. Wenn das nicht zu Stande kam, so ist es lediglich dem Centrum zu verdanken, welches in der Tabaksteuercommission im April 1894 das Fabrikatsteuerproject einstimmig verwarf, sodaß in der Commission dasselbe mit 17 gegen 11 Stimmen abgelehnt wurde; noch am selben Tage wurde die Reichstagssession geschlossen. Im Winter 1894/95 wurde ein neuer Gesetzentwurf für die Tabakfabrikatsteuer vorgelegt,

welcher immer noch eine Mehrbelastung von etwa 40,000,000 Mark jährlich herbeigeführt hätte. Auch dessen Ablehnung ist lediglich der Centrumpartei zu verdanken. Dieselbe machte hierbei den Versuch, an Stelle des gleichmäßigen Zolls von 42 $\frac{1}{2}$ Pfg. pro Pfund auf alle Sorten ausländischen Tabak, einen geringeren Zollsatz für die ordinären Tabake und einen hohen Werthzoll für feine importirte Tabake und Havannacigarren durchzusetzen, um den Arbeiter und geringen Mann zu entlasten und den Feinschmecker höher zu besteuern. Leider scheiterte dieser Versuch an dem Widerstand der Commisars des Bundesraths.

Das Centrum hat bei Gelegenheit der Ablehnung der Tabakfabriksteuer in den Jahren 1892/94 und 1894/95, die ihm die heftigsten Angriffe seitens der liberal-conservativen Cartellparteien zuzog, gezeigt, daß es die Interessen der weiten Volkskreise zu wahren weiß, ohne Rücksicht auf Gunst oder Mißgunst von oben.

Die Branntweinsteuer

bestand in Preußen seit 1823 theils als sogenannte Maischraumsteuer, theils als Materialsteuer, sie wurde am 8. Juli 1868 einheitlich für den Norddeutschen Bund eingeführt mit 1,31 Mark für den Hektoliter Maischrauminhalt, was nominell etwa 16 Mark für den Hektoliter reinen Alkohols ausmachen sollte, thatächlich jedoch nur etwa 13 Mark beträgt. Im Jahre 1887 am 24. Juni wurde außerdem eine Verbrauchsabgabe von 70 resp. 50 Mark pro Hektoliter reinen Alkohols eingeführt, derart, daß jede Brennerei ein bestimmtes Quantum (etwa 60 pSt. der bisherigen Production) zum Steuerzoll von 50 Mark abfertigen kann, für das darüber hinaus producirte Quantum jedoch den Steuerzoll von 70 zu entrichten hat. Gleichzeitig erfolgte der Anschluß der süddeutschen Bundesstaaten an die Branntweinsteuergemeinschaft des Reichs.

Durch das Gesetz vom 24. Juni 1887 stieg der Reinertrag der Branntweinsteuer

von 36,158,267 Mark im Jahre 1886/87
auf 117,625,395 " " 1894/95

mithin mehr als 80,000,000 Mark jährlich.

Es war dies mithin die größte von allen jemals dagewesenen Steuererhöhungen, doch es ist bezeichnend, daß, während alle sonstigen Steuern des Reichs auch ohne Erhöhung der Einheitsätze ein fast ständig steigendes Ergebnis liefern, der Ertrag der Branntweinsteuer schon seit sieben Jahren nicht mehr steigt, sondern abgesehen von geringen Schwankungen, trotz der wachsenden Bevölkerung eine langsam fallende Einnahme liefert.

Der Reinertrag war:

		Ober pro Kopf der Bevölkerung:
1890/91:	120,380,261 Mark.	2.40 Mark.
1891/92:	118,841,220 "	2.35 "
1892/93:	115,577,161 "	2.27 "
1893/94:	119,335,498 "	2.31 "
1894/95:	117,625,395 "	2.25 "
1895/96:	113,348,335 "	2.16 "
1896/97:	115,000,000 "	2.16 "

Die wirkliche Belastung ist jedoch erheblich höher, da vom Bruttoertrag der Branntweinsteuern erst etwa 22 Millionen Erhebungskosten abgehen, ehe obiges Reinertragsergebnis herauskommt, auch ist noch die preissteigernde Wirkung der zweistufigen Verbrauchsabgabe (50 resp. 70 Mark) in Betracht zu ziehen, sodaß man die jährliche Gesamtbelastung wohl auf annähernd 156 Millionen Mark oder rund 3 Mark pro Kopf der Bevölkerung veranschlagen kann.

Wer jedoch glaubt, daß die Branntweinsteuer nur allein vom Arbeiter getragen werde, ist im Irrthum, es ist unbestreitbar, daß der Branntweingenuß in der städtischen Arbeiterbevölkerung seit etwa zehn Jahren ganz erheblich zurückgegangen, und aus der Statistik von Städten, welche noch eine Branntweincontrole führen, läßt sich der Beweis erbringen, daß der Verbrauch daselbst im Jahre 1895 gegen 1886 um fast 70 pSt. abgenommen hatte. Der Verbrauch der Arbeiter hat sich mehr dem gesünderen, billigeren und nahrhaften Bier zugewandt, was als ein Segen für dieselben zu betrachten ist, und der Centrunspartei von jeher ein Grund mehr war, gegen eine höhere Biersteuer einzutreten. Daß dagegen der Genuß von Alkohol der besseren Sorten, Cognac, Liqueure u. s. w., welcher gleichfalls unter die Branntweinsteuer fällt, in den wohlhabenden Classen leider in ständiger Zunahme begriffen ist und sich sogar in weiblichen Kreisen mehr und mehr einbürgert, ist eine bedauerliche Thatsache. Aber nicht allein zum menschlichen Genuß, sondern auch zu vielen anderen Zwecken wird Branntwein (denaturirter und nichtdenaturirter) in großen Mengen verbraucht und mehr oder minder besteuert, es ist deshalb nicht richtig, den gesamten Steuerertrag einfach auf Rechnung der Branntweintrinker zu setzen.

Wenn man annimmt, daß der Trinkbranntwein durchschnittlich 40 pSt. reinen Alkohol enthält, also auf 1 Liter etwa 30 Pfg. Steuerbelastung entfällt, so müßten von jedem erwachsenen Mann durchschnittlich im Jahr etwa 50 Liter Trinkbranntwein vertilgt werden, wenn aller Branntwein getrunken würde. Jeder kann sich selbst ausrechnen, ob er dieses Quantum wirklich vertilgt. Die Branntweinsteuer hat in Hinsicht auf das entsetzliche Elend, welches durch den unvernünftigen Branntweingenuß zu allen Zeiten herbeigeführt worden ist, auch von jeher viele Anhänger gehabt, gleichwohl hat die Centrunspartei sich in Rücksicht auf die ärmere Bevölkerung, namentlich die ländliche, welche den Branntwein nicht ganz entbehren will, sich gegen eine zu hohe Besteuerung erklärt.

Bei der Verathung des Branntweingesetzes vom Jahre 1887 hatte deshalb auch, obwohl die Mehrheit für die Regierungsvorlage durch die damals allmächtigen Cartellparteien im Voraus gesichert war, das Centrum sein Möglichstes gethan, um einen niedrigeren Steuersatz durchzubringen, und dementsprechende Anträge gestellt, es wurde jedoch von den Liberalen und Conservativen niedergestimmt. Gleichwohl ist es dem Centrum zu verdanken, daß im Jahre 1886 nicht das Branntweinmonopol mit noch weit höheren Sätzen (es sollten nach der Regierungsvorlage nicht weniger als 303,000,000 Mark jährlicher Reinertrag aus demselben gezogen werden) zur Annahme gelangte.

Wer sich hierüber eingehend informiren will, muß die Broschüre des Centrumsabgeordneten Theodor Wacker: „Zur Geschichte des Branntweingesetzes 1885—1887“, lesen, er wird sich dann überzeugen, daß die dem Centrum gemachten Vorwürfe unbegründet sind.

Aus diesen Ausführungen wird zur Genüge hervorgehen, daß das Centrum weder die Salzsteuer, noch die Brausteuern eingeführt, noch jemals erhöht, und daß es bei den stattgehabten Aenderungen der Zucker-, Tabak- und Branntweinsteuer stets die Interessen der Arbeiter und ärmeren Bevölkerung überhaupt nach Kräften gewahrt hat. Wäre der Widerstand des Centrums in den Jahren 1886 und 1894/95 nicht ausschlaggebend gewesen, so hätten wir schon längst das Branntweinmonopol und die Tabakfabrikatsteuer mit zusammen 250,000,000 Mark jährlicher Mehrbelastung der Steuerzahler; daß dieses nicht der Fall ist, ist also in erster Linie dem Centrum zu verdanken.

Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß Gefahr vorhanden ist, daß alle diese Pläne von Steuererhöhungen sofort eingeführt werden, sobald es den vereinten Gegnern einmal gelingen sollte, dem Centrum seine ausschlaggebende Stellung zu nehmen.

Die Zölle auf Brotgetreide.

bilben einen Hauptanklagepunkt der Socialdemokraten gegen das Centrum. Es ist unbestritten und soll auch hier durchaus nicht geleugnet werden, daß das Centrum im Jahre 1879 und auch in späteren Jahren für einen entsprechenden Schutzzoll auf Brotgetreide und sonstige landwirtschaftliche Producte eintrat, aber unseres Erachtens geschah dies mit vollem Recht. Früher waren solche Schutzzölle allerdings nicht nöthig, weil das Getreide der überseeischen Länder für die Einfuhr nach Deutschland noch vor wenigen Jahrzehnten kaum in Betracht kam. Seitdem jedoch der Getreidebau in Nordamerika, Argentinien, Rußland und Rumänien eine ins Ungemeßene gehende Erweiterung erfuhr und zugleich die Frachten durch die in diesen Ländern hergestellten Eisenbahnen sowohl, als auch durch die Vermehrung der Schiffsahrtsgelegenheit einen ungeahnten Rückgang erlitten, gestalteten sich die Preisverhältnisse für ausländisches Getreide derartig niedrig, daß die deutsche Landwirtschaft bei gleichen Preisen ihre Existenzfähigkeit verloren haben würde. Deshalb mußte danach getrachtet werden, der einheimischen Production einen Ausgleich zu bieten, der sie für die auf ihr ruhenden Lasten (Militärlasten, Steuern und sonstige Abgaben) entschädigt und ihr die Möglichkeit giebt, dem durch die Concurrenz des Auslandes drohenden Ruin zu entgehen. Wäre dies nicht geschehen, so hätten nicht allein die Großgrundbesitzer darunter gelitten, sondern auch ein großer Theil des Bauernstandes hätte früher oder später zu Grunde gehen müssen. Dies hätte naturgemäß zum Aufhören des Getreidebaues in Deutschland geführt, zur Entwicklung der Weidewirtschaft und damit zur Entvölkerung des Landes. Ungezählte Tausende von Menschen hätten dann in den Städten Arbeit suchen müssen, und die Industriearbeiter hätten unter deren Massenangebote an Arbeitslosigkeit und Lohnverminderung zu leiden gehabt. Mit dem Ruin des Bauernstandes wäre aber auch dem Handwerk und der Industrie eine große zahlungsfähige Classe von Abnehmern ihrer Erzeugnisse in Wegfall gekommen und es ist sehr fraglich, was den Arbeitern mehr geschadet hätte, das Fortbestehen eines mäßigen Brotpreises oder der Verlust der an Zahl weitaus größten Abnehmerklasse und in Folge dessen ein gänzlichcs Darniederliegen der Industrie. Man kann übrigens nicht behaupten, daß nach Einführung der Getreidezölle die Brotpreise (abgesehen von dem Mißerntejahr 1890/91) eine ungebührliche Höhe erreicht hätten, man kann auch heute noch 4 Pfund gutes Roggenbrot zu 36—40 Pfg. kaufen, also billiger, als im Durchschnitt der Jahre 1870 bis 1878, wo noch kein Getreidezoll bestand, es hat sich mithin gezeigt, daß die Zölle nur einen Ausgleich der veränderten Fracht- und Productionsverhältnisse herbeigeführt haben, eben gerade hinreichend, um den Bauernstand vor dem Ruin zu bewahren.

Allerdings ist zuzugeben, daß im Jahre 1890 und den ersten Monaten des Jahres 1891 eine Theuerung eintrat, welche nachher die Ermäßigung der Zölle von 5 Mark auf 3,50 Mark pro Doppelcentner zur Folge hatte; besser wäre es gewesen, wenn man damals zur Zeit der außerordentlich hohen Preise den Zoll zeitweilig außer Kraft gesetzt hätte.

Es ist überhaupt eine der größten Schattenseiten der feststehenden Zollsätze, daß solche nicht den jeweiligen Preis- und Ernteverhältnissen rascher angepaßt werden können, weil zu jeder Aenderung, abgesehen von der Bindung durch die Handelsverträge, sowohl eine Mehrheit des Reichstags als des Bundesraths gehört. Im Reichstage hätte sich eine solche zur Zeit des Nothstandes gefunden, im Bundesrath verhielt man sich jedoch damals ablehnend, und zwar aus Rücksicht auf die Vertrags-Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn, welche die Ermäßigung des Getreidezolls auf 3,50 Mark zur Folge hatten.

Was in den socialdemokratischen Flugblättern über die Höhe der Getreidezollbelastung gesagt wird, ist auch absichtlich übertrieben, namentlich, wenn darin die Rechnung aufgestellt wird, als ob diese Zölle jährlich 100—120 Millionen betrügen, es wird dabei nicht berücksichtigt, daß sich hierunter auch die Zölle für Mais, Hafer

und Gerste befinden, die doch zur Vertheuerung des Brotes nicht beitragen. Auf die eigentlichen Brotgetreidezölle entfielen im Durchschnitt der Jahre 1893/94, 1894/95, 1895/96 nur 50,400,000 Mark jährlich, davon nur 15,800,000 Mark jährlich auf Roggen, also etwa 66 Pfg. für Weizen und 32 Pfg. für Roggen jährlich pro Kopf der Bevölkerung. Uebrigens haben die Socialdemokraten nichts einzuwenden gegen die Industrie-Schutzzölle auf Eisen, Garne etc., durch welche es möglich geworden ist, in Deutschland so zahlreiche Industriearbeiter zu beschäftigen und unser Land vor einer Ueberfluthung durch ausländische Fabrikate zu schützen. Was aber dem Industriearbeiter recht ist, muß auch dem Bauer billig sein.

Was vorstehend von den Zöllen auf Getreide gesagt ist, gilt in gleicher Weise auch von den **Zöllen auf Vieh und thierische Producte**. Uebrigens hat die inländische Viehzucht derart zugenommen, daß die Einfuhr von Schlachtvieh immer mehr abnimmt. Zum Beispiel wurden 1893/94 noch 780,000 Schweine eingeführt, 1895/96 nur noch 208,875 mit einem Zollertrag von 1,044,428 Mark, und trotz des Schweinezolls von 5 Mark pro Stück (etwa 3 Pfg. pro Pfund) sank der Preis für Schweinefleisch in der gleichen Zeit von 52 Pfg. auf 40 Pfg. pro Pfund Schlachtgewicht!

Der Kaffeezoll

beträgt 20 Pfg. pro Pfund und bringt dem Reich jährlich rund 50,000,000 Mark ein, er belastet also den Kopf der Bevölkerung mit etwa 98 Pfg. Der Zoll ist nicht etwa vom Centrum eingeführt worden, wie die Flugblätter der Socialdemokraten glauben lassen, er besteht schon seit dem Jahre 1832 in wechselnder Höhe von 19 $\frac{1}{2}$, 15, 17 $\frac{1}{2}$ und 20 Pfg. pro Pfund, hat also seit 65 Jahren keine nennenswerthe Aenderung erfahren; der Ertrag hat sich lediglich durch die steigende Bevölkerung und den wachsenden Verbrauch gehoben. Im Jahre 1887 stimmte das Centrum mit der linken Seite des Reichstags für die gänzliche Aufhebung des Kaffeezolls, um einen Ausgleich für die Erhöhung der Branntweinsteuer herbeizuführen; leider vergeblich, die gewöhnliche Cartellmajorität des „Septennat-Reichstags“ brachte auch diesen Antrag zu Fall.

Der Petroleumzoll

wurde im Jahre 1879 eingeführt, und zwar als Finanzzoll mit 6 Mark pro 100 Kilo, er bringt heute gleichfalls einen Ertrag von rund 50 Millionen Mark jährlich, man kann ihn mit Recht, ebenso wie die Salzsteuer, als eine besondere Belastung gerade der ärmeren Classen bezeichnen. Wenn seiner Zeit bei Annahme des Zolltarifs ein Theil des Centrums mit dafür stimmte (die Annahme dieses Zolles hätte das Centrum, auch wenn es geschlossen dagegen gestimmt hätte, gleichwohl nicht verhindern können), so geschah solches auf Grund gänzlich irriger Angaben, welche in der Zollcommission den Mitgliedern derselben über die Wirkung des Zolls gemacht worden sind, wie aus dem betreffenden Commissionsbericht ersichtlich ist.

Bei dem Umfang des Zolltarifs und der Unmöglichkeit, dessen Wirkungen in jeder einzelnen Tarifposition auf eine Reihe von Jahren vorausszusehen, ist gewiß mancher Fehler mit unterlaufen, und manches würde heute anders gemacht werden.

Die „Interessenten“, welche diesen Tarif mit denen, „welche die Rinde der Gesetzgebung in der Hand“ hielten, von langer Hand vorbereitet hatten (wie man damals zu sagen pflegte), haben ihren Vortheil in jeder Hinsicht zu wahren gesucht, aber keine Partei, auch die Socialdemokratie nicht ausgenommen, ist selbstlos und unparteiischer an die Zollgesetzgebung herangetreten, als die Centrumspartei. Für sie war nur der gute Wille maßgebend, die heimischen Erwerbsstände, namentlich auch die Interessen des Arbeiterstandes und der Bauern, gegenüber der schrankenlosen Concurrenz des Auslandes soweit als nöthig zu schützen, ohne den Consumenten zu hart zu belasten, in gerechter Ausgleichung der Interessen der einzelnen Berufsstände, wie solches von jeher das Bestreben der Centrumspartei gewesen ist.

Die Zeit ist nicht mehr allzu fern, wo auch der jetzige Zolltarif einer Revision unterzogen werden wird, dann wird das Centrum nicht verfehlen, bestehende Härten zu beseitigen und dafür zu sorgen, daß, soweit dies mit dem Schutz der heimischen Production, insbesondere der Landwirthschaft, vereinbarlich ist, die Verbrauchsartikel der ärmeren Bevölkerung entlastet und die der Genußsucht, dem Brunk und Luxus dienenden Gegenstände stärker herangezogen werden. Hierauf ist schon bei der Ablehnung der Tabakfabrikatsteuer und anderer zu gleicher Zeit von der Regierung geforderten indirecten Steuern im April des Jahres 1894 seitens des Centrums hingewiesen worden. Wenn diese Erklärung zunächst auch nur den Spott der Cartellparteien hervorrief, so dürfte doch die Zukunft lehren, daß sie zur gegebenen Zeit in die That umgesetzt werden wird. Das Centrum wies bei Gelegenheit dieser Ablehnung mehrerer indirecten Steuern auf die Worte Windthorst's hin, der im Jahre 1887 erklärt hatte: „Es ist endlich Zeit, mit den indirecten Steuern aufzuhören und wenn wir weitere Bedürfnisse haben, auf die directen (Einkommen- und Vermögens-) Steuern zurückzugreifen, weil wir sonst den Arbeitern gerechten Anlaß zu Klagen geben.“ — Die Einkommen- und Vermögens-Steuern beginnen aber erst bei einer gewissen Höhe des Einkommens und des Vermögens, so daß der größte Theil (dreiviertel) der Bevölkerung von denselben frei bleibt. Die Einkommensteuer, welche am einträglichsten ist, steigt überdies mit der Höhe des Einkommens, so daß diejenigen, welche in der höchsten Einkommensteuerstufe sind, einen sechsmal höheren Procentsatz an Steuern zahlen, als diejenigen, welche in der niedrigsten Einkommensteuerstufe sich befinden.

Eine socialdemokratische Flugchrift vom Frühjahr 1893, angesichts der Militärvorlage und der Reichstagswahlen herausgegeben, nennt das Centrum den „Vertheidiger der indirecten Steuern“ und sagt zugleich, daß, wenn erst die Militärvorlage angenommen sei, der Arbeiter solche durch Erhöhung der Branntwein-, Bier- und Tabaksteuer bezahlen müsse.

Die Militärvorlage ist inzwischen längst angenommen, und zwar gegen die Stimmen der Centrunspartei; wer aber hat den Arbeiter gleichwohl gegen eine Erhöhung der Branntwein-, Bier- und Tabaksteuer geschützt? — Antwort: **Das Centrum!** — Wer hat ferner in das Gesetz über die Vermehrung der Flotte vom Jahre 1898, für deren Kostenbedeckung zur Zeit und für die nächsten Jahre die Mittel vorhanden sind, die ausdrückliche Bestimmung hineingebracht (§ 8), daß, sofern die Ausgaben der Marineverwaltung in einem Jahre eine bestimmte Summe übersteigen und die eigenen Einnahmen des Reiches zur Deckung des Mehrbedarfs nicht ausreichen, „der Mehrbetrag nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirecten, den Massenverbrauch belastenden Reichssteuern (betr. Bier, Branntwein, Salz, Tabak, Zucker) gedeckt werden“ darf? Wer hat gleichzeitig von den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten die Erklärung herausgefordert und erhalten, daß, wenn in den Einzelstaaten in Folge des Flottengesetzes die Erhöhung bestehender oder die Einführung neuer Landessteuern nothwendig werden sollte, die Einzelregierungen ihrerseits darauf Bedacht nehmen werden, die stärkeren Steuerkräfte heranzuziehen? — Antwort: **Das Centrum!**

Herausgegeben von der
Centralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland
 in M.-Gladbach 1898.

(Gratis und franco in jeder Anzahl zu beziehen.)

Germania, A.-Ges., Berlin C., Stralauerstr. 25.